

Pressemitteilung

Verband der Universitätsklinika Deutschlands e. V.

Dr. Annette Tuffs

15.07.2011

<http://idw-online.de/de/news433314>

Organisatorisches, Wissenschaftspolitik
Medizin, Politik, Wirtschaft
überregional



EHEC-Epidemie: Millionen-Aufwand an Uniklinika muss erstattet werden

Verband der Universitätsklinika fordert gesetzliche Regelung für zusätzliche Kosten durch Extremfälle / Aufgabe des Bundes: Professionalisierung des Meldewesens und zentrale Rolle des Robert Koch-Instituts

Der Verband der Universitätsklinika fordert, dass der Bund eine gesetzliche Regelung für die Übernahme von Mehrkosten in akuten Versorgungssituationen schafft. Dazu gehören neben Epidemien auch Transplantationen und die Versorgung Frühgeborener. Rüdiger Strehl, Generalsekretär des Verbands der Universitätsklinika Deutschlands VUD, wies bei einer Pressekonferenz am 14. Juli 2011 anlässlich des VII. Innovationskongresses der deutschen Hochschulmedizin in Berlin darauf hin, dass das Krankenhaus-Finanzierungssystem die nicht planbaren Extremfälle nicht abdecke. Mit großem Arbeits- und Kostenaufwand hätten die Universitätsklinika, insbesondere in Hamburg, Kiel und Hannover, die EHEC-Epidemie geschultert. „Es kann nicht sein, dass die Kliniken auf den erheblichen Mehrkosten in Millionenhöhe sitzen bleiben“, erklärte Strehl.

Der Bund solle außerdem darauf hinwirken, dass das Meldewesen bei Epidemien professionalisiert werde und ein zügiges Einschreiten ermögliche. Dafür müssten mehr Kompetenzen beim Robert Koch-Institut (RKI) gebündelt werden, sagte Professor Dr. Bitter-Suermann, Präsident des Medizinischen Fakultätentags (MFT).

Ausnahmeleistungen erfordern spezielle Finanzierung

Der VUD fordert für Kostenausreißer, für neue Leistungen und Komplikationen separate Einzelfallabrechnungen außerhalb des DRG-Fallpauschalen-Preissystems. Auch seien Preisabschläge, wie sie das Budgetsystem bei Mehrleistungen gegenüber dem Vorjahr vorsieht, bei Extremfällen wie Epidemien, Transplantationen oder der Versorgung Frühgeborener nicht angebracht. Leidtragende seien die leistungsstarken Krankenhäuser, insbesondere die Universitätsklinika als Spitze der Versorgungspyramide. „Sicherheit für die Krankenhäuser ist aber nur durch eine gesetzliche Klarstellung des Bundes zu erreichen, da sonst die Uniklinika vom Wohlwollen der Kostenträger abhängig seien und in Einzelverhandlungen mit den Krankenkassen eintreten müssten“, so Strehl.

EHEC-Patienten müssen zudem über einen langen Zeitraum ambulant nachbehandelt werden. Dies sollte ebenfalls an den Universitätsklinika erfolgen, wo die primäre stationäre Versorgung erfolgte und das klinische und wissenschaftliche Know-how vorhanden sei. „Der VUD fordert seit Jahren, dass die Zulassung der Universitätsklinika zur hochspezialisierten ambulanten Krankenversorgung, die sie faktisch in großem Stil schon jetzt leisten, gesetzlich ehrlich geregelt und die Vergütung sichergestellt wird“, erklärte Strehl.

Für eine Hochleistungsmedizin wie bei der EHEC-Epidemie müsse auch die Finanzierung von Geräten, Technik, Bauten und Reservekapazitäten bereitgestellt werden. So hätten die betroffenen Kliniken z.B. akut neue Beatmungs- und Dialysegeräte beschaffen müssen, zusätzliche Isolierbereiche wurden eingerichtet, Intensivstationen waren wochenlang blockiert. „Diese Kosten müssen übernommen werden. Die Hochleistungskrankenhäuser brauchen Pufferkapazitäten“, forderte Strehl. Dieser Aufgabe müsse sich die Gesundheitspolitik stellen.

Infektionsfälle unverzüglich elektronisch dem Bund melden

Auch im Meldewesen sei mehr Zentralismus beim Bund geboten, erklärte Bitter-Suermann. Nur beim Robert Koch-Institut existiere rund um die Uhr das gesamte epidemiologische und infektiologische Know-how zur Risikoabschätzung und Bewältigung sowie eine Taskforce für den Krisenfall. „Alle Daten zu Infektionsfällen müssen schneller zum RKI. Die Landesbehörden müssen sich in ein koordiniertes Verfahren einreihen“, so Bitter-Suermann. „Dafür müssten ihre Kapazitäten an qualifiziertem Personal ausgebaut werden, um ein funktionierendes infektions-epidemiologisches Netzwerk mitzugestalten.“ Auch Ärzte und Kliniken sollten zeitnah informiert werden, um mit erhöhter Wahrscheinlichkeit ihrer Meldepflicht nachzukommen und Epidemien möglichst rasch eindämmen zu können.

Informationen:

Prof. Dr. med. Dieter Bitter-Suermann

Präsident

MFT Medizinischer Fakultätentag der Bundesrepublik Deutschland e. V.

E-Mail: berlin@mft-online.de

www.mft-online.de

Rüdiger Strehl, Dipl. Pol., Dipl. Kfm.

Generalsekretär

Verband der Universitätsklinika Deutschlands e.V. (VUD)

Alt-Moabit 96

10559 Berlin

Tel.: 030/3940517-0

Fax: 030/3940 517-17

E-Mail: strehl@uniklinika.de

Kontakt für Journalisten

Verband der Universitätsklinika Deutschlands e.V. (VUD)

Dr. Annette Tuffs

Pressesprecherin

Tel.: 030/3940517-0

Mobil: 0170/5724725

E-Mail: tuffs@uniklinika.de

www.uniklinika.de